



Zusammenfassung/Riassunto

**Open Space, 20.02.2016, Schlanders/Silandro,
„Karl Schönherr“ Saal**

Open Space, 20. Februar 2016, Schlanders, Kulturhaus Karl Schönherr, Themenübersicht und Zusammenfassung der Protokolle

Dieser Text dient der Information und gibt eine qualitative Übersicht zu den Themen und Überlegungen, die in der fünften Open-Space-Veranstaltung im Rahmen des Südtirol-Konvents im Kulturhaus Karl Schönherr in Schlanders erarbeitet worden sind. Er geht auf unterschiedliche Fragestellungen und Argumente ein, versucht kontroverse Positionen auszuleuchten, erhebt jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Als Grundlage dienen die von den Teilnehmenden verfassten Protokolle zu den einzelnen Workshops. Für deren genauen Wortlaut wird auf die vollinhaltliche Transkription (http://www.konvent.bz.it/sites/default/files/atoms/files/protokolle_schlanders_1.pdf) verwiesen.

Es standen insgesamt 30 Themen zur Diskussion, 29 Protokolle wurden dem Sekretariat des Autonomiekonvents übermittelt.

Die Vorschläge aus diesen Protokollen wurden zu den folgenden 13 alphabetisch gereihten thematischen Clustern zusammengefasst, die weitgehend jenen der vier vorangehenden Open Space Veranstaltungen entsprechen.

1. Ausbau der Autonomie

Südtirol verfügt bereits über viele Zuständigkeiten im Rahmen der Autonomie. Auch in der Währungs-, Verteidigungs- und Außenpolitik soll eine umfassende Selbstverwaltung gewährleistet sein. Dies soll u.a. durch Umwandlung der sekundären Zuständigkeiten in primäre im Sinne der Vollautonomie bewerkstelligt werden, etwa durch einen automatischen Mechanismus, z. B. nach Ablauf von zehn Jahren. Primäre Zuständigkeit des Landes sollen werden: Steuer- und Finanzautonomie, Umwelt, Arbeitsrecht, Arbeitsvermittlung, Arbeitsbeziehungen, Fürsorgerecht, Gesundheitswesen, Arbeiterkammer, Polizei, Sicherheit und Justiz, Verkehr, Bildung, Sport. Als Teil der Sportautonomie werden die Bildung eines eigenen Kadern und die Nutzung einer eigenen Fahne betrachtet, aber auch die Möglichkeit, sich die Nationalmannschaft aussuchen zu können. Die Zuständigkeiten des Regierungskommissariats sollten wie in der Region Aosta an den Landeshauptmann übergehen. Südtirol müsse zudem die primäre Zuständigkeit für die Umsetzung von EU-Recht übertragen werden, was bei der Handhabung von EU-Rahmenrichtlinien von Vorteil wäre. Was die Zuständigkeiten der EU angeht, wird die Lösung zudem in einer Schutzklausel für Südtirol auf EU-Ebene gesehen. Die internationale Absicherung der Autonomie durch das Gruber-Degasperi-Abkommen wird als Fakt erwähnt, aber deren Wert wird in Zweifel gezogen.

2. Bürger/-innenbeteiligung

Die Teilnehmer/-innen fordern die Verankerung der direkten Demokratie in der Gesetzgebung bzw. im Autonomiestatut; über alles, was in die Landeszuständigkeit fällt, sollen die Bürger/-innen abstimmen können. Insbesondere wird die Einführung der Volksinitiative ohne Quorum und des Referendums gefordert, aber auch das Initiativrecht und das Referendum betreffend Beschlüsse der Landesregierung. Die direkte Demokratie in der Schweiz und in Liechtenstein sind Vorbilder. Auch wird gesagt, dass Südtirol die Reife für die Anwendung der genannten Modelle fehle. Dem Autonomiekonvent wird attestiert, dass das Mitreden positiv sei, jedoch bemängelt, dass die Mitbestimmung zu kurz komme. Die Information über den Konvent und die Beteiligung werden als nicht zufriedenstellend bezeichnet. Acht Bürger im Gremium der 33 seien zu wenig. Über das dritte Autonomiestatut soll durch ein Referendum abgestimmt werden.

3. Einwanderung

In der Flüchtlingspolitik werden europäische Lösungen als angebracht erachtet. Betont wird, dass die Menschen lernfähig sind und Inklusion vor allem über die Sprachkenntnisse und Informationen erfolgt. Die Förderung des Sprachenlernens in der Schule und darüber hinaus sei wichtig. Die Sportvereine werden als Vorbild für erfolgreiche Integration genannt. Sorge bereitet, dass die Einwanderer/-innen den Proporz zugunsten der italienischen Sprachgruppe verfälschen könnten.

4. Europaregion

Die Teilnehmenden befürworten die Verankerung der Europaregion im Autonomiestatut und die Neudefinition der Makroregion Alpenraum. Auf der Ebene der Europaregion soll ein vom Volk gewähltes Gremium eingesetzt werden. Gefordert werden Vereinfachungen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die Förderung regionaler Kreisläufe, ein Europaregionenpass für die öffentlichen Verkehrsverbindungen, Bus- und Zugverbindungen von Mals bis Landeck, Partnerschaften der Gemeinden und die Einbindung der Jugend. Die Schützen werden als Vorbild für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit angesehen, die auch durch die doppelte Staatsbürgerschaft Impulse erhalten könnte.

5. Kultur

In der Diskussion wird eine höhere Wertschätzung der Kultur eingefordert, da diese für die Gestaltung des Lebensraumes, der Dörfer, der Architektur und den Denkmalschutz wichtig ist. Bildung und Kultur seien Bestandteile des täglichen Lebens, die den Verfall in die Barbarei verhindern. Kontrovers diskutiert wird das Spannungsfeld zwischen konventioneller Kultur und Subkultur samt den entsprechenden Förderungsansätzen. Dass kein/e Kulturvertreter/in im Gremium der 33 Platz gefunden habe, wird als Manko betrachtet.

6. Nachhaltigkeit

Die Nachhaltigkeit wird als Richtschnur der Politik eingefordert. Als Schwerpunkte werden regionale Kreisläufe und nachhaltige Mobilität genannt. Für das Land werden mehr Zuständigkeiten zu Umweltthemen gefordert. Im Bereich Gesundheit wird die Bedeutung von Aufklärung, Information und Präventionsarbeit unterstrichen.

7. Politikergehälter

Die Ausübung eines politischen Mandats wird als zeitlich beschränkte Aufgabe eingeordnet, für die ein angemessenes Gehalt notwendig sei, um gegen Korruption gefeit zu sein. Für die Landtagsabgeordneten wird das Nettogehalt mit 5.000 Euro zuzüglich Altersvorsorge beziffert, wobei keine gesonderten Spesenvergütungen vorgesehen werden. Politiker/-innen tragen wie Ärzte eine große Verantwortung. Als Bemessungsgrundlage für die Politikergehälter werden die Beamtengehälter genannt. Das Volk als Arbeitgeber der Politiker/-innen solle über deren Gehälter entscheiden. Es sei schwierig, Gemeindereferenten/-innen zu finden, weil sie zu wenig für ihren Aufwand erhalten.

8. Proporz und Mehrsprachigkeit

Der Proporz wird als friedensstiftendes Element bezeichnet, das gut funktioniere und einen wichtigen Schutz für die Sprachgruppen darstelle. Dessen zeitweilige Aussetzung wird abgelehnt. Es wird die Ausweitung auf Staatsstellen gefordert. Bei einer eigenstaatlichen Lösung werde der Proporz zum Schutz der Italienischsprachigen benötigt. Bei der Gleichstellung aller Volksgruppen aufgrund eines übergreifenden Identitätsverständnisses sei der Proporz nicht notwendig. Hingewiesen wird auch auf die Schwierigkeiten der Proporzanwendung bei Gemischtsprachigen bzw. Zweisprachigen. Es wird auf die Zweisprachigkeit im öffentlichen Bereich, u. a. im Gesundheitswesen bzw. bei der Etikettierung von Medikamenten und anderen Produkten wertgelegt. Viele Italienischsprachige in Südtirol haben noch nicht Deutsch gelernt. Es herrscht aber auch die Meinung, dass es keine Probleme beim Zusammenleben gebe.

9. Schule

Es wird die Bedeutung des muttersprachlichen Unterrichts unterstrichen. Man sollte nicht auf die Sprache allein fixiert zu sein, da Inhalte ebenso wichtig sind. Angehende Lehrkräfte sollen auf den CLIL-Unterricht vorbereitet werden. Dieser beeinträchtigt die Muttersprache nicht. Die Lehrkräfte sollten mehr Hochdeutsch sprechen. Der Schüleraustausch mit italienischen Schulen wird als förderungswürdig erachtet. Die Fremdsprachendidaktik soll im Italienischunterricht verwendet und die italienische Kultur als Freifach angeboten werden. Italienisch sei als Zweitsprache und nicht als Fremdsprache zu betrachten. Der Geschichtsunterricht müsse verstärkt werden. Angeregt wird, das britische Schulsystem in Südtirol anzuwenden, das den Schüler/-innen der Oberstufe mehr Gestaltungsfreiraum bietet.

10. Selbstbestimmung/Eigenständigkeit

Einige sehen die Autonomie nur als Zwischenlösung auf dem Weg zur Selbstbestimmung, welche im Autonomiestatut verankert und über die direkte Demokratie erreicht werden soll. Andere betrachten die Autonomie als bereits umgesetzte innere Selbstbestimmung und warnen vor den Risiken der Forderung nach externer Selbstbestimmung, etwa aufgrund verfassungsrechtlicher Probleme. Die Verfechter/-innen der Selbstbestimmung sprechen sich dafür aus, die Italiener/-innen für eine eigenstaatliche Lösung zu gewinnen und verweisen auf effiziente Kleinstaaten wie Liechtenstein. Es sollte ein *white paper* zur Unabhängigkeit verfasst werden. Die Verfechter/-innen der Autonomie verweisen auf die Autonomie als Erfolgsgeschichte für eine Zukunftsvision für Südtirol. Eine Volksabstimmung zur Eigenstaatlichkeit schwäche die Autonomie.

11. Soziales

Soziale Solidarität sei die Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben. Die Präambel zum Autonomiestatut solle den Grundsatz beinhalten, dass ein gerechtes und solidarisches Südtirol angestrebt wird. Konkret soll dies u.a. durch eine sozial ausgestattete Autonomie und die Verankerung des Prinzips der materiellen Absicherung im Autonomiestatut zum Ausdruck kommen. Gefordert wird die Verankerung des Anspruchs auf ein menschenwürdiges, individuelles und bedingungsloses Grundeinkommen und des Anspruchs auf Kindergeld und leistbares Wohnen. Die Orientierung an christlichen Werten wird als wichtige Grundlage bezeichnet. Als problematisch wird die Überlagerung unterschiedlicher Kompetenzen im Bereich Soziales zwischen EU, Staat, Region und Land angesehen.

Einkünfte/Gewinne des Landes, etwa im Bereich Energie, sollten in einen Solidarfonds einfließen und für soziale Zwecke verwendet werden.

12. Toponomastik

Unter dem Faschismus sind italienische Ortsnamen eingeführt worden und die deutschen Ortsnamen sind bis heute ohne rechtliche Grundlage. Italienische Ortsnamen werden als historisches Unrecht bezeichnet und internationale Beispiele der Wiedereinführung historischer Ortsnamen angeführt, wie von der UNO empfohlen. Jedoch sei zu den seit 100 Jahren gebräuchlichen italienischen Ortsnamen eine Bindung aufgebaut worden und deren Eliminierung könne auch Unrechtscharakter aufweisen. Der Landtag könne den deutschen Ortsnamen Rechtskraft verleihen, sodass sie auch auf GPS und in Navigationssystemen angeführt werden. Diese Vorgangsweise wird umgekehrt wieder als falsche Toleranz abgelehnt. Im Falle einer Einigung können die Ortsnamen auch einsprachig festgelegt werden.

13. Zusammenleben

Die Parallelgesellschaften mit separaten Vereinen und Begegnungsorten seien zu überwinden. Die Begegnung der Sprachgruppen sei zu fördern, beginnend mit der Aufhebung der Trennung nach Sprachgruppen in Kindergärten und Schulen. Dadurch würden langfristig soziale Kontakte angebahnt. Im Vinschgau bringen sich die Italiener ein, deren Anzahl ist jedoch rückläufig. Über einen unabhängigen Staat könne wie in der Schweiz eine gemeinsame Identität unabhängig von der Sprache geschaffen werden. Auch zweisprachige Klassen werden als Modell erwähnt. In den Landgemeinden besteht größerer Handlungsbedarf, was die Begegnung der Sprachgruppen angeht. Positiv sei die Zusammenarbeit zwischen dem Bildungsausschuss Schlanders und dem Circolo Culturale.

Open space, sabato 20 febbraio 2016, Silandro, Casa della cultura "Karl Schönherr"

Riassunto delle tematiche trattate e dei relativi verbali

Il presente testo ha scopo informativo e offre una panoramica qualitativa delle tematiche trattate e delle considerazioni emerse durante il quinto *open space* della Convenzione sull'Autonomia, che ha avuto luogo presso la Casa della cultura "Karl Schönherr" a Silandro. Senza l'ambizione di poter fornire un riassunto esaustivo, si approfondiscono diverse questioni e argomenti con l'intento di illustrare anche le posizioni controverse. Il riassunto si basa sui verbali redatti dai partecipanti ai gruppi di lavoro. Per consultare i testi originali si rimanda alle trascrizioni complete (http://www.konvent.bz.it/sites/default/files/atoms/files/protokolle_schlanders_1.pdf) dei verbali.

In tutto sono state affrontate 30 tematiche e consegnati 29 verbali al Segretariato della Convenzione.

Le proposte contenute nei verbali sono state raggruppate in 13 ambiti tematici (in ordine alfabetico), che corrispondono in larga parte a quelli definiti nei quattro precedenti *open space*:

1. Ampliamento dell'autonomia

L'Alto Adige possiede già molte competenze nel quadro dell'autonomia. Piena autonomia dovrebbe essere garantita anche nella politica monetaria, estera e di difesa. Ai fini dell'autonomia integrale ciò si dovrebbe realizzare, tra l'altro, convertendo le competenze secondarie in competenze primarie, ad esempio attraverso un meccanismo automatico che potrebbe scattare trascorsi dieci anni. Le competenze primarie della Provincia dovrebbero essere: potestà impositiva e finanziaria, ambiente, diritto del lavoro, collocamento, relazioni tra le parti sociali, assistenza sociale, sanità, rappresentanza dei lavoratori, polizia, giustizia e sicurezza, trasporti, formazione, sport. L'autonomia in ambito sportivo comprende la formazione di una propria rosa di atleti e l'utilizzo di una propria bandiera, ma anche la possibilità di scegliere la squadra nazionale con cui partecipare alle gare. Le competenze del Commissariato del Governo dovrebbero passare al Presidente della Giunta provinciale come in Valle d'Aosta. Alla Provincia dovrebbe inoltre essere trasferita la competenza primaria per l'attuazione del diritto comunitario, facilitando così la gestione delle direttive quadro europee. Inoltre, per quanto riguarda le competenze dell'Ue, si considera quale soluzione l'introduzione di una clausola di salvaguardia per l'Alto Adige a livello europeo. Si menziona il fatto che l'autonomia sia tutelata a livello internazionale attraverso l'Accordo Degasperi-Gruber, si mette tuttavia in dubbio il valore di tale tutela.

2. Autodeterminazione/indipendenza

Alcuni vedono l'autonomia quale mera soluzione transitoria sul percorso che porta all'autodeterminazione; questa dovrebbe trovare fondamento nello Statuto di autonomia ed essere ottenuta grazie alla democrazia diretta. Altri ritengono che l'autonomia corrisponda a un'autodeterminazione interna già attuata e mettono in guardia dai rischi collegati alla rivendicazione dell'autodeterminazione esterna, ad esempio i problemi di natura costituzionale. I fautori dell'autodeterminazione si dichiarano favorevoli a ottenere l'adesione degli italiani al progetto di uno stato indipendente e fanno riferimento all'efficienza di piccoli Stati come il Liechtenstein. Si dovrebbe redigere un libro bianco sull'indipendenza. I fautori dell'autonomia la descrivono come un successo che apre prospettive future per l'Alto Adige. Un referendum popolare sull'indipendenza indebolirebbe l'autonomia.

3. Convivenza

Si dovrebbero superare le società parallele con associazioni e luoghi di aggregazione separati. Dovrebbe essere promosso l'incontro tra gruppi linguistici, abolendo innanzitutto la separazione in base ai gruppi linguistici nelle scuole dell'infanzia e per tutto il percorso scolastico. A lungo termine ciò permetterebbe di stabilire dei contatti sociali. In Val Venosta gli italiani svolgono un ruolo attivo, tuttavia il loro numero è in calo. Grazie a uno Stato indipendente si potrebbe costruire un'identità comune al di là della lingua, come in Svizzera. Anche le classi bilingui vengono menzionate come modelli. Nei comuni rurali sussiste una maggiore necessità di intervento per quanto concerne l'incontro tra gruppi linguistici. La collaborazione tra il Comitato per l'educazione permanente di Silandro e il Circolo culturale è positiva.

4. Cultura

Si discute della necessità di valorizzare maggiormente la cultura in quanto importante per la gestione dell'ambiente, dei paesi, dell'architettura e della tutela dei beni culturali. Formazione e cultura sarebbero componenti della vita quotidiana che impedirebbero l'imbarbarimento. È oggetto di controversia la contrapposizione tra cultura convenzionale e sottocultura, inclusi i relativi sistemi di promozione. L'assenza di un rappresentante della cultura nella Convenzione dei 33 è vista come una lacuna.

5. Euregio

I partecipanti sostengono l'inclusione dell'Euregio nello Statuto di autonomia e la ridefinizione della macroregione alpina. Si dovrebbe istituire un organo eletto dal popolo a livello dell'Euregio. Si chiede la semplificazione della cooperazione transfrontaliera, l'incentivazione dei circuiti regionali, una tessera euroregionale per i trasporti pubblici, collegamenti in autobus e treno tra Malles e Landeck, partenariati tra i Comuni e il coinvolgimento dei giovani. Gli Schützen sono considerati un esempio di cooperazione transfrontaliera, che potrebbe essere incentivata anche attraverso la doppia cittadinanza.

6. Immigrazione

Per le politiche di immigrazione si reputa opportuno individuare soluzioni a livello europeo. Si sottolinea che le persone siano in grado di apprendere e che l'inclusione passi soprattutto attraverso le competenze linguistiche e l'informazione. Sarebbe importante incentivare l'apprendimento linguistico a scuola e al di fuori di essa. Quali modelli per un'integrazione efficace si menzionano le associazioni sportive. Ci si preoccupa che gli immigrati possano falsare la proporzionalità a favore del gruppo linguistico italiano.

7. Partecipazione dei cittadini

I partecipanti chiedono che la democrazia diretta trovi fondamento nella legislazione e/o nello Statuto di autonomia; i cittadini dovrebbero poter esprimere il proprio voto su tutto ciò che è di competenza provinciale. Si chiedono in particolare l'introduzione dell'iniziativa popolare senza quorum e il ricorso alla consultazione referendaria, ma anche il diritto di iniziativa e la possibilità di referendum sulle delibere della Giunta provinciale. I modelli di riferimento sono la democrazia diretta in Svizzera e nel Liechtenstein. Si afferma anche che all'Alto Adige mancherebbe la maturità per

applicare detti modelli. Alla Convenzione sull'Autonomia si riconosce di rappresentare un'occasione per esprimere le proprie opinioni, sebbene si contesti che la possibilità di partecipare alle decisioni sia limitata. L'informazione sulla Convenzione e il livello di partecipazione si definiscono insufficienti. Otto cittadini nella Convenzione dei 33 sarebbero troppo pochi. Il terzo Statuto di autonomia dovrebbe essere sottoposto a referendum.

8. Proporzionale e plurilinguismo

La proporzionale viene definita uno strumento di pace, che funzionerebbe bene e rappresenterebbe una tutela importante per i gruppi linguistici. Se ne rifiuta la temporanea sospensione. Si chiede che venga estesa agli organi statali. In caso di indipendenza la proporzionale sarebbe necessaria per la tutela dei cittadini di lingua italiana. La proporzionale non sarebbe necessaria qualora i tutti i gruppi linguistici risultassero accomunati dalla percezione di un'identità collettiva. Si fa riferimento anche alle difficoltà di applicare la proporzionale ai mistilingui e bilingui. Si considera importante il bilinguismo in ambito pubblico, tra l'altro nel settore sanitario e nell'etichettatura dei medicinali e di altri prodotti. Molti cittadini di lingua italiana in Alto Adige non hanno ancora imparato il tedesco. Vi è però anche chi afferma che non vi sarebbero problemi di convivenza.

9. Questioni sociali

La solidarietà sociale rappresenterebbe il presupposto per una convivenza pacifica. Il preambolo dello Statuto di autonomia dovrebbe contemplare il principio dell'aspirazione a un Alto Adige equo e solidale. Concretamente ciò dovrebbe trovare espressione, tra l'altro, in un'autonomia attenta alle questioni sociali e nel riconoscimento del principio della garanzia sostanziale nello Statuto di autonomia. Si sostiene il riconoscimento del diritto a un reddito di base dignitoso, a titolarità individuale e non sottoposto a condizionamenti, così come il diritto all'assegno familiare e ad abitazioni a costi sostenibili. L'orientamento ai valori cristiani rappresenta un caposaldo importante. La sovrapposizione delle diverse competenze in ambito sociale a livello europeo, statale, regionale e provinciale viene vista come problematica. Le entrate/i profitti della Provincia, ad esempio nel settore energetico, dovrebbero confluire in un fondo di solidarietà ed essere destinati a scopi sociali.

10. Scuola

Si sottolinea l'importanza dell'istruzione nella madrelingua. Non ci si dovrebbe fissare solo sulla lingua, poiché i contenuti sarebbero altrettanto importanti. I futuri insegnanti dovrebbero essere preparati ad adottare il metodo CLIL. Tale metodo non pregiudicherebbe l'apprendimento della madrelingua. Gli insegnanti dovrebbero utilizzare maggiormente il tedesco standard. Si ritiene utile incentivare gli scambi di studenti con le scuole italiane. La didattica delle lingue straniere dovrebbe essere applicata all'insegnamento dell'italiano; le nozioni di cultura italiana dovrebbero essere oggetto di un insegnamento opzionale. L'italiano sarebbe da considerare una seconda lingua e non una lingua straniera. L'insegnamento della storia andrebbe intensificato. Si suggerisce di applicare in Alto Adige il sistema scolastico britannico, che offre agli studenti delle superiori maggiore libertà di scelta.

11. Sostenibilità

Si esige che la sostenibilità diventi un principio guida della politica. I principali aspetti

menzionati sono i circuiti regionali e la mobilità sostenibile. Si chiedono maggiori competenze per la Provincia in materia ambientale. Per l'ambito sanitario si sottolinea l'importanza dell'educazione, informazione e prevenzione.

12. Stipendi dei politici

L'esercizio di un mandato politico è considerato un compito di durata limitata per il quale sarebbe necessario uno stipendio adeguato al fine di impedire la corruzione. Lo stipendio netto dei consiglieri provinciali dovrebbe ammontare a 5000 euro più contributi previdenziali, senza che siano previsti ulteriori rimborsi spese. Al pari dei medici i politici hanno una grande responsabilità. Si menzionano gli stipendi dei dipendenti pubblici quale base di riferimento per gli stipendi dei politici. Sugli stipendi dei politici dovrebbe decidere il popolo in qualità di datore di lavoro degli stessi. Sarebbe difficile trovare degli assessori comunali perché guadagnerebbero troppo poco per il loro impegno.

13. Toponomastica

Sotto il fascismo furono introdotti i toponimi italiani, mentre i toponimi tedeschi risultano ancora oggi privi di una base giuridica. I toponimi italiani vengono definiti come ingiustizia storica e si citano degli esempi a livello internazionale di reintroduzione dei toponimi storici, secondo le raccomandazioni dell'ONU. Tuttavia un secolo di utilizzo dei toponimi italiani avrebbe creato un legame nei confronti degli stessi e la loro cancellazione potrebbe anche considerarsi un torto. Il Consiglio provinciale potrebbe conferire ai toponimi tedeschi forza di legge, affinché vengano indicati anche nei sistemi GPS e nei dispositivi di navigazione. Di contro, tale approccio viene rifiutato in quanto forma di tolleranza ipocrita. In caso di accordo i toponimi possono essere previsti anche in un'unica lingua.